



Lediglich die 1400 Mitarbeiter der Stadt Innsbruck erhalten eine Einmalzahlung. Die 10.000 Gemeindebediensteten gehen leer aus. Foto: Böhmer

Keine 400 €: Frust in den Gemeinden

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist sauer, weil ihre 10.000 Mitglieder in Tirol keine 400-Euro-Prämie für 2013 erhalten.

Innsbruck – Im Herbst wurde österreichweit eine Nulllohnrunde für alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst vereinbart. Wenige Wochen vor der Landtagswahl am 28. April hat jetzt die Tiroler Landesregierung für die 3400 Bediensteten in der Landesverwaltung und die 6200 Angestellten der Krankenhaushaltung Tilak eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro beschlossen. Die ÖVP verteidigt diese Belohnung und verweist auf den positiven Rechnungsabschluss 2012. Die SPÖ spricht wegen des Zeitpunkts von einem Wahlzucker und die Liste Fritz/Bürgerforum und die Liste Fritz/Bürgerforum auf Kosten der Steuerzahler. 4,5 Millionen Euro wendet das Land für die Bonuszahlungen auf.

Sauer ist auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, aber aus einem anderen Grund: „Unsere 10.000 Mitarbeiter in den Gemeinden und in den Gemeindeverbänden erhalten nämlich keine Prämie“, sagt Gewerkschaftschef Walter Kircher. Die kommunalen Mitarbeiter

müssten mit den Bürgermeister selbst verhandeln. „Der Gemeindeverband hat wegen der Nulllohnrunde im Herbst die Bürgermeister auf soziale Maßnahmen hingewiesen. So sollten u. a. Gutscheine im Wert von 186 Euro ausgeben werden“, betont Kircher. Doch aus den Rückmeldungen wisse er, dass dies kaum der Fall gewesen ist.

Insgesamt bezeichnet Kircher die Situation als unerschmecklich und ungerecht. „Weil sich auch niemand in der Landesregierung für uns zuständig fühlt“, wie er hinzufügt. Im Herbst habe es einen Sparappell gegeben, daran würden sich die Bürgermeister jetzt auch halten.

Nachdem es die 400-Euro-Prämie nicht nur für die Landesbediensteten und die Tilak-Mitarbeiter, sondern auch für die Angestellten der Stadt Innsbruck gibt, appelliert Kircher an die anderen 278 Bürgermeister nachzuziehen. „Vor allem dort, wo es die vom Gemeindeverband empfohlenen Begünstigungen für die Gemeindearbeiter gegeben hat.“ (pn)

Opposition und SPÖ wollen Minderheitsbericht vorlegen

Streit um Agrargesetz: ÖVP wird Rückübertragung im Landtag erneut aussetzen und Bundeskanzleramt mit Verfassungsprüfung beauftragen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Es dürfte eine heftige Landtagsdebatte werden. Denn in der für die Politik so wichtigen Frage der Agrargemeinschaften ist nämlich die Regierungskoalition längst zerbrochen, ÖVP und SPÖ gehen getrennte Wege.

Die Sozialdemokraten haben mit den Oppositionsparteien Bürgerforum, Grüne, FPÖ, Bürgerklub und Walter Gatt (Freie Tiroler) eine Mehrheit von 20 der 36 Mandate

im Tiroler Hohen Haus. Und erneut will die neue Mehrheitsallianz heute in der letzten Landtagssitzung das Gesetz zur Rückübertragung des Gemeindeguts von den Agrargemeinschaften an die Gemeinden behandeln. Zuvor benötigt es aber wieder einen Beschluss im Rechts- und Gemeindeausschuss.

Nach dem gestrigen Kluboblenrat betonte Landtagspräsident Herwig van Staa (VP), dass er einen Ausschuss einberufen werde. „Ich werde

aber wahrscheinlich nur bei Ablehnung oder Zustimmung den Antrag auf die Tagesordnung setzen.“ Das ist das Ziel der Opposition, denn mit ihrer Mehrheit hätte sie im Landtag das Heft in der Hand und könnte das Rückübertragungsgesetz beschließen.

Deshalb wird die Tiroler Volkspartei den Bericht zum Rückübertragungsgesetz neuerlich aussetzen. „Wir bewegen uns am Boden der Rechtsstaatlichkeit, viele Fragen sind offen. Wir setzen den Antrag

erneut aus und werden von uns aus den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts mit einer Prüfung beauftragen“, erklärt VP-Klubchef LA Josef Geisler. Die SPÖ habe dies zuletzt mehrmals abgelehnt.

Eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte ist trotzdem programmiert. Denn Opposition und SPÖ dürften wohl für sich den Minderheitsparagrafen der Geschäftsordnung in Anspruch nehmen. Sie sind im Gegensatz zur ÖVP von der Verfassungsmäßigkeit der Rückübertragung überzeugt. „Wenn eine Minderheit des Ausschusses von mindestens zwei Mitgliedern einen gesonderten Bericht abgeben will, so hat sie das Recht, einen Minderheitsbericht zu erstatten und für die Verhandlung im Landtag aus ihrer Mitte einen Berichterstatter zu nennen“, heißt es in der Geschäftsordnung des Landtags.

Über diesen Minderheitsbericht soll ein Beschluss zur Rückübertragung doch noch zustande kommen. Ein Misstrauensvotum gegen Landtagspräsident Herwig van Staa ist laut LA Andreas Brugger (Liste Fritz) und Grünen-Klubchefin Christine Baur kein Thema.



Im Internet:

Die TT-Redaktion tickert vom Landtag auf www.tt.com



Während der Landtagssitzung soll heute Mittag der Rechts- und Gemeindeausschuss wieder über das Rückübertragungsgesetz beraten. Die ÖVP-Mandatäre haben den Oppositionsentwurf schon einmal ausgesetzt. Foto: Böhmer

Hypo droht mit Klage

Innsbruck – Wie am Montag berichtet, hat SPÖ-Landtagsabgeordneter Klaus Gasteiger wegen eines Immobilienverkaufs der Hypo in Mayrhofen eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft gegen Hypo-Vorstand Markus Jochum und Aufsichtsratsvorsitzenden Wilfried Stauder eingebracht. Weil aus seiner Sicht nicht der Bestbieter Hermann Thaler zum Zug gekommen sei, sondern der Zillertaler Unternehmer Heinz Schultz und die Hypo so auf 400.000 Euro verzichtet hätte.

Jetzt droht die Hypo ihrerseits Gasteiger mit Klage. Die Vergabe beim Verkauf sei an den Bestbieter erfolgt, betont Jochum. Die Bewertung der acht Angebote habe das Angebot der Wohnbau Schultz



Hypo-Chef Jochum weist Gasteigers Vorwürfe zurück. Foto: Murauer

nach reiflicher Prüfung als bestes Angebot identifiziert. „Eine andere Auswahl wäre zum Schaden der Bank gewesen und hätte den selbst auferlegten Kriterien widersprochen.“ Außerdem liege kein Angebot des Herrn Thaler über zwei Mio. Euro vor.

Laut Jochum hat die Hypo Gasteiger und Thaler bereits im August über die für die Entscheidung maßgeblichen Parameter informiert. Darü-

ber hinaus sei Gasteiger im Finanzkontrollausschuss des Landtags die Vorgehensweise offengelegt worden. Details wollte Jochum aufgrund des Bankgeheimnisses nicht nennen. Gleichzeitig kündigte er eine Unterlassungs- und Rufschädigungsklage an, sollten Gasteiger und Thaler ihre Anschuldigungen weiter aufrechterhalten.

Gasteiger spricht hingegen weiter von möglichen Interessenkollisionen im Zusammenhang mit dem Verkauf, vor allem bei Hypo-Aufsichtsratschef Wilfried Stauder, der gleichzeitig Wirtschaftsprüfer von Heinz Schultz ist. „Ich habe damit gerechnet, dass man mir Klagen androht. Aber Fakten sind Fakten. Ich kann sie belegen“, so Gasteiger. (TT)

Stefan Posch verlässt die Liste Fritz

Innsbruck – In der Liste Fritz/Bürgerforum Tirol kriselt es. Gestern Abend gab überraschend Bundesrat Stefan Posch seinen Rückzug aus dem Vorstand und aus dem Bürgerforum bekannt. Posch übt harsche Kritik an den Entwicklungen und Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen und spricht von Enttäuschungen. Einem Großteil der Verantwortungsträger bzw. Mandatsträger des Bürgerforums geht es laut Posch nicht mehr um eine unabhängige Bürgerbewegung, sondern um andere Dinge. Schon zuvor war LA Stephan Zangerl aus dem Vorstand ausgeschieden. (pn)

Kurzmeldungen

47 Heimopfer entschädigt

Innsbruck – Die Regierung hat eine Entschädigung für weitere 47 Opfer von Missbrauch in Tiroler Heimen beschlossen. 229.000 Euro werden ausgeschüttet. Bisher sind 1.976.500 Euro an 238 Betroffene gegangen. „Wir konnten kein erfahres Leid ungeschehen machen, aber das Land hat sich seiner Verantwortung gestellt“, betonte LHStv. Gerhard Reheis. (TT)



Reheis: „Land hat sich seiner Verantwortung gestellt.“ Foto: Hammerle

Schiessling fordert Strafverschärfung

Innsbruck – Der Dringlichkeitsantrag über einen umfassenden Schutz vor sexueller Belästigung wird heute im Landtag behandelt. SP-Landtagsvizepräsidentin Gabi Schiessling macht sich dafür stark, dass im Strafgesetz eine Definition des Begriffs „geschlechtliche Handlung“ verankert wird. (TT)

Für Sparbüchse in Auto eingebrochen

Innsbruck – Vor Mitternacht schlug am Montag ein in Innsbruck lebender Russe die Scheibe eines in Neu Arzl geparkten Autos ein. Eine Polizeistreife konnte den 40-Jährigen noch am Tatort festnehmen. Eine Sparbüchse aus dem Auto wurde sichergestellt. Der Russe sitzt nun in der Justizanstalt. (TT)

Unbekannter wütete in Imst

Imst – Ein bislang noch unbekannter Täter beschmierte in Imst im Zeitraum zwischen Jänner und März mehrere Laterne und Mülleimer mit Kot. Dadurch entstand ein Sachschaden in bislang noch unbekannter Höhe. Die Polizei Imst bittet jetzt um zweckdienliche Hinweise. (TT)

Nach Einbruch festgenommen

Innsbruck – Ein 41-Jähriger wurde am Montag kurz vor Mitternacht in Innsbruck von einer Polizeistreife festgenommen. Der Mann hatte zuvor bei einem Auto die Seitenscheibe eingeschlagen und versucht, dort befindliche Wertgegenstände zu entwenden. Weitere Erhebungen zu dem Vorfall laufen. (TT)